### **Stadt Bergisch Gladbach**

Der Bürgermeister

Datum	
Schriftführer	Telefon-Nr.
Peter Kredelbach	02202/142237
	Schriftführer

### **Niederschrift**

Rat	Sitzung am
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	17:05 Uhr - 19:08 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine

#### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

#### **Tagesordnung**

#### A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil -
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 14.09.2000 öffentlicher Teil 647/2000
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 5. Mitgliedschaften;

Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 624/2000

6. Mitgliedschaft;

Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

623/2000

- 7. Haushalt 2001; Einbringung der Entwürfe
  - 1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2001, Haushaltsbuch 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 2. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 3. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2001-2004,
  - 4. Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 5. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 6. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 7. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 8. Wirtschaftsplan der Volkshochschule Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 9. Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004 10. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004, 10. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004 675/2000

0/3/2000

8. Einwohnerfragestunde 676/2000

- 9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000 662/2000
- 10. III. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach 659/2000
- 11. Änderung der Entgeltordnung
  - 1. Bürgerzentrum Schildgen/Katterbach
  - **2.** Bürgerzentrum Refrath im Haus Steinbreche 519/2000
- 12. Festsetzung eines Entgelttarifs für Elementare Musikerziehung, hier: Mutterund-Kind-Unterrichtsangebote 473/2000
- 13. Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach"

524/2000

14. Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Frühjahrsemester 2001 529/2000

15. Sanierung und Erweiterung der Ev. Kindertagesstätte Zum Frieden Gottes in Heidkamp, Martin-Luther-Straße 11, einschließlich der Förderung zur Errichtung von Jugendräumen 564/2000

16. Sanierung und Erweiterung der Kath. Kindertagesstätte St. Maria Königin in Frankenforst, Im Hain 31 565/2000

- 17. Förderung der Finanzbuchhaltung für Elternvereine Ziffer 2.2 Abs.4 der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten 567/2000
- 18. Förderung weiterer Schülertreffs in Verbindung mit der Änderung der städtischen "Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten" (Streichung des Essensgeldzuschusses) 566/2000
- 19. Förderung der Mobilen Offenen Jugendarbeit hier: Änderung der bisherigen Bezuschussung zur Förderung der Maßnahme 568/2000
- 20. Aufhebung der Sperrvermerke bei den im Stellenplan 2000 neu eingerichteten Buchhalterstellen 583/2000
- 21. Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach

- Verkehrsführung/Parkraumkonzept 670/2000

- 22. Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach;
  - -Städtebauliche Projekte/Nutzungspotentiale 669/2000
- 23. Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach;
  - Durchführung einer Einwohnerversammlung nach § 23 GO 641/2000
- 24. Änderung Nr. 117/5537 Gewerbegebiet Grube Weiß des Flächennutzungsplanes
  - Beschluss zu Anregungen
  - Beschluss der Änderung 620/2000
- 25. Bebauungsplan Nr. 5537, Teil 4 Gewerbegebiet Grube Weiß -
  - Beschlüsse zu Anregungen

- Beschluss als Satzung 611/2000

- 26. Bebauungsplan Nr. 1494 Auf m Büchel -
  - Beschluss zur Aufhebung der Ratsbeschlüsse vom 25.10.1988
  - Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1494 Auf'm Büchel -
  - Beschluss zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1494, Teil 1 Auf'm Büchel
  - Beschluss zur teilweisen Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 54/1 Freizeitzentrum Paffrath- und Nr. 15231/Dellbrücker Straße 604/2000
- 27. Gesellschaft "Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH" hier: Gründung und Abschluß des Gesellschaftsvertrages 576/2000
- 28. Jahresabschluß 1999 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH 92/2000
- 29. Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) für die Abrechnung eines Teilstückes der Hauptstraße zwischen Poststraße und der Straße An der Gohrsmühle 672/2000
- 30. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 19.10.2000 auf Umbesetzung in den Ratssausschüssen 683/2000
- 31. Antrag der SPD-Fraktion vom 26.09.2000, eine Resolution zum Thema Rechtsextremismus zu verabschieden 674/2000
- 32. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 16.10.2000 zur Nutzbarmachung des Internets für das Bürgerbüro 684/2000
- 33. Anfragen der Ratsmitglieder; 1. Schriftliche Anfrage zur Benutzung der Pavillons des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums 685/2000

### B Nichtöffentlicher Teil

- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung nicht öffentlicher Teil -
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 14.09.2000 nichtöffentlicher Teil 649/2000
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 5. Verkauf eines Grundstücks im Bereich Wilhelm-Klein-Straße an die Eheleute Judith Hupperth-Schmickler und Stephan Schmickler, Roggenstraße 47 in 47574 Goch 594/2000
- 6. Anfragen der Ratsmitglieder

### **Protokollierung**

#### A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit
- @-> Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Sitzungsunterlagen:

- 1. die Einladung vom 20.10.2000
- 2. das Schreiben vom 27.10.2000 mit der aktualisierten Anlage zur Tagesordnung.

Sie verweist auf die Tischvorlagen zum

 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich der Gedenktafel für die NS - Zwangsarbeiter

und

2. Änderungsantrag der F.D.P.- Fraktion vom 02.11.2000 zu Punkt 31 des öffentlichen Teiles.

Des weiteren lägen allen Stadtverordneten die Unterlagen zum Haushaltsplanentwurf für 2001 sowie zur Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach vor.

Herr Dr. Kassner regt an, die Behandlung von Punkt 31 des öffentlichen Teiles vorzuziehen

Es wird Einvernehmen erzielt, daß dieser Punkt unmittelbar hinter A4 – Mitteilungen der Bürgermeisterin – als Punkt A4 a behandelt wird.

Herr Freese bittet darum, die Angelegenheit "Verkauf einer Immobilie im Bereich des Rheinhöhenweges" in den nichtöffentlichen Teil als dringlich mit aufzunehmen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden Beschluß:

Der nichtöffentliche Teil der Sitzung wird um den Punkt "Verkauf einer Immobilie im Bereich des Rheinhöhenweges" erweitert.

Herr Müller spricht sich gegen die Dringlichkeit des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gedenktafel für die NS - Zwangsarbeiter aus.

Herr Freese ist der Auffassung, daß der im Ältestenrat mehrheitlich verabschiedete Text grundsätzlich der Legitimation eines politischen Gremiums bedarf.

Bürgermeisterin Opladen hält dies nicht für notwendig.

Auch Herr Ziffus ist der Auffassung, daß der Text durch den Rat zu legitimieren sei. Er bittet darum, den Antrag als dringlich zu bewerten und in die Tagesordnung des öffentlichen Teiles aufzunehmen.

Sodann lehnt der Rat die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und SPD bei zwei Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD ab.

Danach führt sie Herrn Andreas Neuheuser als Nachfolger des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Anna Valeria Böcher entsprechend der durch die Verwaltungsvorschriften zu Gemeindeordnung vorgegebenen Form feierlich in sein Amt ein.

- 2. <u>Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil -</u>
- Die Niederschrift wird genehmigt. <-@</li>
- 3. <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom</u> 14.09.2000 öffentlicher Teil -
- @-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.<-@</li>
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- Werkauf von Anteilen einer Gesellschaft des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß die nächste Arbeitsgemeinschaft der Hauptverwaltungsbeamten am 06.11.2000 stattfinde. Erst danach könne Sie zum Sachstand zur oben genannten Angelegenheit berichten. Da die nächste Sitzung jedoch am 14.12.2000 stattfinde, werde der Bericht schriftlich abgefaßt und an die Fraktionen verteilt.

<-(a)

5. Mitgliedschaften;

Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande

- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden <u>Beschluß:</u>
- Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt die Mitgliedschaft im Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande.
  - 2. Die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte wird auf die Bürgermeisterin Stadtarchiv übertragen.

<-(a)

#### 6. Mitgliedschaft;

Beitritt der Stadt Bergisch Gladbach zum Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

**@->** Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:** 

<-(a)

- (a)-> 1. Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt die Mitgliedschaft im Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.
  - Die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte wird auf die Bürgermeisterin Stadtarchiv – übertragen.

<-(a)

- 7. Haushalt 2001; Einbringung der Entwürfe
  - 1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2001, Haushaltsbuch 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 2. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 3. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2001-2004,
  - 4. Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 5. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004, 6. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 7. Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 8. Wirtschaftsplan der Volkshochschule Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004,
  - 9. Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004

    10. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004, 10. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2001 und Investitionsprogramm 2000-2004
- **@->** Bürgermeisterin Opladen übergibt die Sitzungsleitung an stellvertretenden Bürgermeister Hagen.

Danach halten sie und Stadtkämmerer Kotulla die Haushaltsreden. Die Manuskripte derselben sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach faßt der Rat einstimmig folgenden Beschluß:

Bürgermeisterin Opladen kehrt an ihren Platz zurück.

<-(a)

@-> Die Entwürfe Haushaltssatzung 2001, Haushaltsbuch 2001, Investitionsprogramm 2000-2004 Wirtschaftspläne 2001 und Investitionsprogramme 2000-2004 des Abwasserwerkes, des Abfallwirtschaftsbetriebes, der städtischen Feuerwehr, der städtischen Kultureinrichtungen "Haus der Musik", "Kunst- und Kulturbesitz", "Stadt und Kreisbücherei", der Volkshochschule, des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" werden zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

<-(a)

#### 8. <u>Einwohnerfragestunde</u>

a-> 1. Schriftliche Einwohneranfrage zum äußeren Zustand eines Bereiches zwischen der Wilhelm-Klein-Straße und der Straße Siebenmorgen

\_\_\_\_\_\_

Bürgermeisterin Opladen verliest eine Einwohneranfrage von Herrn Klaus Hoffmann zur oben genannten Problematik. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach nimmt sie zu dieser Einwohneranfrage Stellung. Auch diese Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Einwohneranfragen zur Abschiebung des Asylbewerbers Mehmet Kilic

Mit Blick auf die Anwesenden, in der Angelegenheit des Asylbewerbers Mehmet Kilic engagierten Schüler bedauert Frau Schöttler-Fuchs, daß diesen die Regelungen der Geschäftsordnung zur Abhaltung von Einwohnerfragestunden nicht bekannt gewesen seien. Dies liege vor allem darin, daß das Ortsrecht in den Bürgerbüros nicht ausgelegt sei. Sie verweist auf ihre entsprechende Anfrage in der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Sie bittet Bürgermeisterin Opladen, hierzu eine Erklärung abzugeben.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß nach § 21 der Geschäftsordnung Fragen für die Einwohnerfragestunde vorab schriftlich einzureichen seien. Hätte man sie heute morgen zu der Angelegenheit angerufen, hätte sie dies den Schülern bzw. ihren Lehrern erläutert und diesen Gelegenheit gegeben, die Fragen schriftlich vorzulegen. Dies sei jedoch bedauerlicherweise unterblieben. Insoweit wolle sie Fragen zu der Angelegenheit in der heutigen Sitzung nicht zulassen.

Herr Schnöring bedauert diese Entscheidung und wirft Bürgermeisterin Opladen vor, auf diese Weise unter Bezug auf formaljuristische Aspekte zu einer Politikverdrossenheit von Jugendlichen beizutragen.

Bürgermeisterin Opladen weist dies mit dem Hinweis zurück, daß auch Jugendliche zu lernen hätten, sich an die Rechtsordnung zu halten. Zu dieser gehöre auch

die Geschäftsordnung des Rates.

Herr Neuheuser beantragt die Sitzung zu unterbrechen, um den Jugendlichen Gelegenheit zu geben, Bürgermeisterin Opladen ihre Fragen zu stellen.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich folgenden Beschluß:

Die Sitzung wird unterbrochen.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen den Schülern die mündlich gestellten Fragen.

<-(a)

#### 9. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000

@-> Herr Orth weist darauf hin, daß im Finanz- und Liegenschaftsausschuß am 17.10.2000 die Entscheidung über den Ankauf eines Umkleidegebäudes für den Sportplatz Am Wapelsberg (Hst. 560 932 03, 204.000,00 DM) vertagt wurde.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden Beschluß:

- 1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2000 in Höhe von 1.152.622,00 DM wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NW erteilt.
- 2. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2000 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 36.292,53 DM werden gemäß § 82 Abs. 1 GN OW zur Kenntnis genommen.

<u><-(a)</u>

<u>@</u>->

<-(a)

- 10. III. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach
- —— Der Rat faßt einstimmig folgenden <u>Beschluß:</u>
- @-> Die III. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-(a)

- 11. Änderung der Entgeltordnung
  - 1. Bürgerzentrum Schildgen/Katterbach
  - 2. Bürgerzentrum Refrath im Haus Steinbreche
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:
  - Der Änderung der Entgeltordnung für das Bürgerzentrum Schildgen/ Katterbach entsprechend dem Vorschlag der Anlage 1 zum 01.01.2001 wird zugestimmt.
  - 2. Der Änderung der Entgeltordnung für das Bürgerzentrum Refrath im Haus

Steinbreche entsprechend dem Verwaltungsvorschlag der Anlage 2 zum 01.01.2001 wird zugestimmt.

3. Das bisherige Entgelt für ortsansässige Vereine bleibt - mit Ausnahme des Reinigungsentgeltes - unverändert (220 DM bzw. 250 DM für eine 12stündige Wochenendveranstaltung und 11 DM je angefangene Übungsstunde und je Versammlungsabend).

 $\leq$ -(a)

(a)->

<-(a)

- 12. <u>Festsetzung eines Entgelttarifs für Elementare Musikerziehung, hier: Mutterund-Kind-Unterrichtsangebote</u>
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden <u>Beschluß:</u>
- @-> Die Entgelte für Mutter-Kind-Unterrichtsangebote werden wie vorgelegt beschlossen.

<-(a)

- 13. <u>Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch</u> Gladbach"
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden <u>Beschluß:</u>
- @-> Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht 1998 der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" fest.

Der ermittelte Jahresgewinn verbleibt zur Stärkung der Innenfinanzierung zu 60 % in der Einrichtung, 40 % werden an den städt. Gesamthaushalt abgeführt.

<-(a)

- 14. Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Frühjahrsemester 2001
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

Die Entgelte für das Frühjahrsemester 2001 werden beschlossen.

<-(a)

(a)->

<-(a)

- 15. <u>Sanierung und Erweiterung der Ev. Kindertagesstätte Zum Frieden Gottes in Heidkamp, Martin-Luther-Straße 11, einschließlich der Förderung zur Errichtung von Jugendräumen</u>
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:
  - 1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach für die Sanierung und Erweiterung ihrer Kindertagesstätte in Heidkamp, Martin-Luther-Straße 11, vorbehaltlich der Landesförderung einen Zuschuß zu den angemessenen Baukosten von 90 % (ca. 921.825 DM von

- ca. 1.024.250 DM). Die Mittel stehen im Haushalt 2000 in der Haushaltsstelle 1.464.9870.1 Investitionszuschüsse Kindertagesstätten zur Verfügung (davon stehen 276.550 DM als Verpflichtungsermächtigung bereit).
- 2. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach für die Ausstattung der neuen Nebenräume der bestehenden Gruppen vorbehaltlich der Landesförderung einen Zuschuß zu den angemessenen Kosten von 90 % (ca. 23.760 DM von ca. 26.400 DM). Die Mittel sind im Haushalt 2001 in der Haushaltsstelle 1.464.9870.1 Investitionszuschüsse Kindertagesstätten bereitzustellen.
- 3. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach für den Neubau eines Jugendraumes einen Zuschuß zu den angemessenen Baukosten von 50 % (max. 90.375 DM von 180.750 DM). Die Mittel stehen im Haushalt 2000 in der Haushaltsstelle 1.460.9872.0 Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime zur Verfügung.

<-(a)

- 16. Sanierung und Erweiterung der Kath. Kindertagesstätte St. Maria Königin in Frankenforst, Im Hain 31
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:
  - 1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Kath. Kirchengemeinde St. Maria Königin für die Sanierung und Erweiterung ihrer Kindertagesstätte in Frankenforst, Im Hain 31, vorbehaltlich der Landesförderung einen Zuschuß zu den angemessenen Baukosten von 90 % (ca. 1.017.000 DM von ca. 1.130.000 DM). Die Mittel stehen im Haushalt 2000 in der Haushaltsstelle 1.464.9870.1 Investitionszuschüsse Kindertagesstätten in Höhe von 451.000 DM zur Verfügung; 566.000 DM sind im Haushalt 2001 bereitzustellen.
  - 2. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Kath. Kirchengemeinde St. Maria Königin für die Ausstattung der 4. Gruppe und der neuen Nebenräume der bestehenden Gruppe vorbehaltlich der Landesförderung einen Zuschuß zu den angemessenen Kosten von 90 % (ca. 83.610 DM von ca. 92.900 DM); die Mittel sind im Haushalt 2001 bereitzustellen.
  - 3. Die Stadt Bergisch Gladbach fördert die Betriebskosten der 4. Gruppe (Personalkosten für eine Fachkraft und eine Ergänzungskraft sowie die Sachkostenpauschale) abweichend von den Regelungen der "Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten" zu 100 % (statt z.Z. 80 %). Die über die richtliniengemäße Förderung hinausgehende Förderung ist befristet, bis in einer Kindertagesstätte einer katholischen Kirchengemeinde in Bergisch Gladbach eine Gruppe z.B. aufgrund rückläufiger Kinderzahlen geschlossen wird.

<-(a)

17. Förderung der Finanzbuchhaltung für Elternvereine - Ziffer 2.2 Abs.4 der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten

- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden Beschluß:
  - 1. Die Stadt unterstützt die Elternvereine als Träger von Kindertagesstätten in Bergisch Gladbach bei ihrer Finanzbuchführung durch die finanzielle Förderung einer Buchführungskraft beim Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V..
  - 2. Dem Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. wird zur Unterstützung der Elternvereine ein Personalkostenzuschuß in Höhe von 75% der Personalkosten einer nach BAT (oder vergleichbarer Vergütungsordnung) VIb einzustellenden Buchführungskraft gewährt. Hinzu kommen nachzuweisende Sachkosten in Höhe von bis zu 5.000 DM p.a. Bezogen auf 80 zu betreuende Kindertagesstättengruppen wird ein Stundenumfang pro Woche von 38,5 Stunden festgelegt. Bei geringerer Gruppenzahl reduziert sich das Stundenkontingent entsprechend.
  - 3. Zur Finanzierung seiner jährlichen Bilanz erhält der Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. einen Festbetrag von 2.000 DM p.a.
  - 4. Losgelöst von der Förderung der Buchführungskraft ist erstmals im Jahre 2002 seitens der Träger, die im Kindertagesstättenbereich freiwillig Zuschüsse erhalten, die Solvenzbescheinigung gem. Ziffer 2.2 Abs. 4 der "Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten" für das Jahr 2001 vorzulegen.

<-(a)

- 18. Förderung weiterer Schülertreffs in Verbindung mit der Änderung der städtischen "Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten" (Streichung des Essensgeldzuschusses)
- @-> Herr Blask hat Bedenken gegen Punkt 3 des Beschlußvorschlages. Es sei wenig sinnvoll, den Haushalt über eine Streichung des Essensgeldes zu entlasten. Zwar könnten die hiervon Betroffenen doch noch einen besonderen Antrag stellen, jedoch fehlten die zu einer einheitlichen Beurteilung notwendigen Kriterien. Die Gewährung von Essensgeld dürfe keine reine Ermessungsentscheidung werden. Die Zusage der jeweiligen Träger sei zu vage.

Er beantragt getrennte Abstimmung des Beschlußvorschlages.

Herr Schnöring betont, daß seine Fraktion der Streichung des Essensgeldes nur deswegen zugestimmt habe, weil die Zusage der Träger vorlag.

Frau Wöber-Servaes schließt sich dem an. Die Zustimmung ihrer Fraktion gründe auf den Aussagen der Träger und der Zusage des Jugendamtes, gegebenenfalls einzugreifen.

Herr Hoffstadt betont, daß nicht das komplette eingesparte Geld für die Schülertreffs verwendet werden müsse. Der Restbetrag könne durchaus in eine Gewährung von Essensgeld in Einzelfällen fließen.

Fachbereichsleiter Krüger betont, daß die Angelegenheit auch in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 behandelt wurde. Dort hätten nicht nur die Träger, sondern auch das

Jugendamt eine Zusage gemacht, weshalb letzteres im Wort stehe. Er stellt klar, daß entsprechend der Gesetzeslage bereits heute alle Sozialhilfeempfänger über Einsparungen im häuslichen Bereich am Essensgeld beteiligt würden. Es gäbe auch einen Personenkreis, der über dem Sozialhilfesatz liege, dennoch aber lediglich in Höhe der häuslichen Ersparnisse am Essensgeld beteiligt sei. Es handele sich im übrigen generell um eine freiwillige Ausgabe.

Sodann faßt der Rat zunächst einstimmig folgenden Beschluß:

- 1. Für 11 weitere Schülertreffs wird ab dem 01.01.2000 eine städtische Förderung gemäß Drucksache Nr. 201/2000 gewährt.
- 2. Werden durch die Einrichtung von Schülertreffs Mittel für die Förderung von Hausaufgabenhilfe (Spiel- und Lerngruppen) frei, kann in einzelnen Schülertreffs während der Schulzeit zusätzlich eine Honorarkraft für Hausaufgabenhilfe mit wöchentlich 10 Stunden (5 x 2 Stunden) gefördert werden.

Danach faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluß:** 

In den städtischen "Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten" wird der Absatz 5.2.3 über die Übernahme von Essensgeld gestrichen. Die Richtlinienänderung wird zum 01.01.2001 wirksam.

<-(a)

- 19. <u>Förderung der Mobilen Offenen Jugendarbeit hier: Änderung der bisherigen Bezuschussung zur Förderung der Maßnahme</u>
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der vorübergehenden vollständigen Förderung der Betriebskosten der mobilen offenen Jugendarbeit durch die Stadt Bergisch Gladbach wird, abweichend von der bisherigen Erwartung von Stiftungsmitteln, zugestimmt.

Dies bezieht sich auf die noch für die Jahre 1999 und 2000 ausstehenden Mittel von insgesamt 88.000 DM sowie auf die 2001 anfallenden Mittel von ca. 50.000 DM.

Langfristig sollen die nun zusätzlich von der Stadt zu tragenden Gelder aus Mitteln der Stiftung Scheurer wieder dem städtischen Haushalt zugeführt werden. <-@

- 20. <u>Aufhebung der Sperrvermerke bei den im Stellenplan 2000 neu eingerichteten</u> Buchhalterstellen
- @-> Frau Schmidt-Bolzmann hält es so kurz vor der Einbringung des neuen Stellenplanes nicht für sinnvoll, die Sperrvermerke aufzuheben. Zudem sei die von der Verwaltung vorgelegte Begründung hierfür nicht nachvollziehbar.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß die im Bereich des Fachbereiches 7 zum 01.01.2001 neu zu schaffenden Betriebe einen enormen buchhalterischen Aufwand verursachten. Über die zur Abwicklung notwendigen Kräfte verfüge die Verwaltung bislang nicht. Zudem kooperiere der Fachbereich 8 mit der Stadtverkehrsgesellschaft.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der F.D.P. folgenden **Beschluß:** 

- @-> Die Sperrvermerke bei den Buchhalterstellen
  - 7/66/894 Bilanzbuchhalterin/Bilanzbuchhalter
     7/67/893 Bilanzbuchhalterin/Bilanzbuchhalter
  - 8/100/895 Finanzbuchhalterin/Finanzbuchhalter

werden aufgehoben.

<-(a)

## 21. Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach - Verkehrsführung/Parkraumkonzept

**@->** Stadtbaurat Schmickler verweist auf die Broschüre zur Rahmenplanung, die allen Ratsmitgliedern vorliege.

Herr Waldschmidt merkt an, daß die SPD-Fraktion der Grundkonzeption zur Rahmenplanung im Hauptausschuß am 24.10.2000 nur unter bestimmten Vorbehalten zugestimmt habe.

Im übrigen nimmt der Rat die Vorlage zur Kenntnis.

<-(a)

## 22. Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach; -Städtebauliche Projekte/Nutzungspotentiale

@-> Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-(a)

## 23. Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach; - Durchführung einer Einwohnerversammlung nach § 23 GO

**@->** Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß die Einwohnerversammlung am 16.11.2000 durchgeführt werden solle.

Herr Ziffus hält den Termin für zu kurzfristig. Er regt an, ihn in den Dezember bzw. Januar zu verlegen.

Bürgermeisterin Opladen hält die Adventszeit für keinen geeigneten Zeitpunkt, eine solche Versammlung durchzuführen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden Beschluß:

<-(a)

——— Die Verwaltung wird beauftragt, die Einwohner im Rahmen einer öffentlichen Einwohnerversammlung nach § 23 GO NW über die Inhalte und Ziele der Planungen für

die Stadtmitte von Bergisch Gladbach (Rahmenplanung Innenstadt Bergisch Gladbach) zu unterrichten.

<-(a)

- 24. Änderung Nr. 117/5537 Gewerbegebiet Grube Weiß des Flächennutzungsplanes
  - Beschluss zu Anregungen
  - Beschluss der Änderung
- @-> Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**
- @-> I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Änderung Nr. 117/5537 Gewerbegebiet Grube Weiß- des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgetragenen Anregungen der Einwender
  - B 1 C. Salanda/ J. Gerriets wird nicht entsprochen.
  - B 3 BUND, NABU, RBN wird nicht entsprochen.
  - T 1 Der Landrat wird entsprochen.
  - T 2 Der Landrat/ Landschaftsbeirat wird teilweise entsprochen.
  - II. Gemäß § 2 Baugesetzbuch wird die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 117/5537 Gewerbegebiet Grube Weiß beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht gemäß § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch beigefügt.

<-(a)

- 25. Bebauungsplan Nr. 5537, Teil 4 Gewerbegebiet Grube Weiß -
  - Beschlüsse zu Anregungen
  - Beschluss als Satzung
- Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse:**
- (a)-> I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 5537, Teil 4 –Gewerbegebiet Grube Weiß- gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgetragenen Anregungen der Einwender
  - B 1 Christa Salanda/ Joachim Gerriets wird nicht entsprochen.
  - B 2 Erika Krause/ Uwe Krause wird nicht entsprochen.
    - B 3 BUND, NABU, RBN wird nicht entsprochen.
    - T 1 Der Landrat wird entsprochen.
    - T 2 Der Landrat/ Landschaftsbeirat wird teilweise entsprochen.
  - II. Der Bebauungsplan Nr. 5537, Teil 4 –Gewerbegebiet Grube Weiß- wird gemäß § 10 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Bausetzbuch dazu.

<-(a)

- 26. <u>Bebauungsplan Nr. 1494 Auf m Büchel -</u>
  - Beschluss zur Aufhebung der Ratsbeschlüsse vom 25.10.1988
  - Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1494 Auf'm Büchel -
  - Beschluss zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1494, Teil 1 Auf'm Büchel

## <u>- Beschluss zur teilweisen Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 54/1 - Freizeitzentrum Paffrath- und Nr. 15231/Dellbrücker Straße</u>

- @-> Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlüsse:** 
  - I. Die Beschlüsse des Rates vom 25.10.1988 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1494 Auf'm Büchel und die teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 54, Teil 1 Freizeitzentrum Paffrath werden aufgehoben.
  - II. Gemäß § 2 in Verbindung mit dem § 8 BauGB ist der Bebauungsplan Nr. 1494 Auf'm Büchel als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 1 BauGB (qualifizierter Bebauungsplan) aufzustellen. Der Bebauungsplan wird begrenzt durch die Franz-Heider-Straße im Westen, der Dellbrücker Straße im Süden und Osten und des Grundstückes der integrierten Gesamtschule Paffrath und der Sporteinrichtung im Norden. Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).
  - III. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird der Bebauungsplan Nr. 1494, Teil 1 Auf'm Büchel zur Aufhebung beschlossen.
  - IV. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB werden
    - 1. der Bebauungsplan Nr. 1523/1 Dellbrücker Straße –
    - 2. der Bebauungsplan Nr. 54/1 Freizeitzentrum Paffrath –

zur teilweisen Aufhebung beschlossen.

Die Aufhebungsbereiche ergeben sich aus dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1494 -Auf'm Büchel -.

<-(a)

- 27. <u>Gesellschaft "Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH"</u> hier: Gründung und Abschluß des Gesellschaftsvertrages
- @-> Der Rat faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zunächst folgenden **Beschluß:**

Dem Gesellschaftsvertrag für die Gesellschaft "Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)" wird unter Berücksichtigung der durch den Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in seiner Sitzung am 27.09.2000 vorgenommenen redaktionellen Modifikationen zugestimmt. Formelle Änderungen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde oder des Notars, die den materiellen Gehalt des Gesellschaftsvertrages nicht berühren, bedürfen keiner erneuten Zustimmung.

Im Anschluß daran faßt der Rat einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1. Die Gründung der Gesellschaft "Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)" zum 01.01.2001 wird beschlossen.
- 2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Neugründung der EBGL nach § 115 GO NW der Bezirksregierung Köln anzuzeigen.
- 3. Für den Fall der Zustimmung der Bezirksregierung Köln zur Neugründung der EBGL wird bereits folgender Beschluß gefaßt:

In die Gesellschafterversammlung der EBGL werden als Vertreter des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

- a. Konrad Kraemer
- b. Michael Kremer
- c. Klaus W. Waldschmidt

und als Vertreter der Bürgermeisterin gem. § 113 Abs. 2 GO NW

- a. der Stadtbaurat
- b. der Leiter des Fachbereichs 7

gewählt.

4. Die Gesellschaft wird ermächtigt, sich an der von den Städten Leverkusen, Remscheid, Solingen, Wuppertal und Bergisch Gladbach als gemeinsamer DSD-Zweckgesellschaft zu gründenden Gesellschaft zu beteiligen. Im übrigen soll die Gesellschaft nur Dienstleistungen erbringen, die derzeit nicht Gegenstand der durch den Abfallwirtschaftsbetrieb zu erfüllenden hoheitlichen Aufgaben der Abfall, Wirtschaft und Stadtreinigung sind.

<-(a)

(a)->

<-a

- 28. <u>Jahresabschluß 1999 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH</u>
- @-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-(a)

- (a)->
- Die Bürgermeisterin als Gesellschaftsvertreterin wird bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 1999 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen. Der Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von 4.848 EURO wird durch Zuschuss der Gesellschafterin ausgeglichen.
- Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.
- 3. Die Bürgermeisterin wird ebenso bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2000 die Sozietät Dr. Riepen, Dr. Leyh, Dr. Kossow, Dr. Ott & Kollegen zu beauftragen.

<-@

29. Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabenge-

setzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) für die Abrechnung eines Teilstückes der Hauptstraße zwischen Poststraße und der Straße An der Gohrsmühle

@-> Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:** 

Die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Abrechnung des Teilstückes der Hauptstraße zwischen Poststraße und der Straße an der Gohrsmühle wird in der Form des beigefügten Satzungstextes beschlossen.

<u><-@</u>

<u>a</u>->

<-(a)

- 30. <u>Antrag der Fraktion KIDitiative vom 19.10.2000 auf Umbesetzung in den Ratssausschüssen</u>
- **@->** Der Rat faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Den Ausschußumbesetzungen wird zugestimmt.

<-(a)

- 31. <u>Antrag der SPD-Fraktion vom 26.09.2000, eine Resolution zum Thema Rechtsextremismus zu verabschieden</u>
- Herr Freese begründet den Antrag. Er weist auf das Förderprogramm "Kommunen gegen Rechtsextremismus" des Landes hin, über das der Stadt ein Betrag in Höhe von 106.721 DM zugewendet wurde. Mit diesem Betrag könnten einige Schwerpunkte im Kampf gegen den Rechtsextremismus gesetzt werden. Er bietet an, den von seiner Fraktion unterbreiteten Resolutionstext gegebenenfalls im letzten Absatz auf Seite 1 des Antrages und im ersten Absatz auf Seite 2 des Antrages zu kürzen bzw. zu straffen.

Herr Dr. Fischer ist ebenfalls der Auffassung, daß diese beiden Absätze in strafferer Form zusammengefaßt werden können. Der Änderungsantrag seiner Fraktion vom 02.11.2000 resultiere aus der Auffassung, daß der Rat nicht nur für sich selbst sprechen müsse, sondern auch einen Appell an alle Bürger und Einwohner zu richten habe.

Herr Dr. Kassner unterstützt die Abfassung einer Resolution, bewertet den Entwurf der SPD-Fraktion jedoch als zu weitschweifig. Er hält es für sinnvoller, für eine Resolution zunächst die ersten vier Sätze der Stellungnahme der Bürgermeisterin unverändert zu übernehmen. Im sich anschließenden Satz 5 sei lediglich das Wort "dürfte" durch das Wort "ist" zu ersetzen. Sich anschließen sollten von Seite 2 des SPD-Antrages die Formulierungen ab "Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bekennt sich … " bis einschließlich des letzten Satzes. Zuletzt sei die Formulierung des F.D.P.-Antrages mit anzufügen.

Hiermit werde die Resolution prägnanter abgefaßt und könne anschließend in geeigneter Form in den Medien veröffentlicht werden.

Herr Dr. Miege hält den Resolutionstext seiner Fraktion für prägnant und eindringlich

genug, um ihn unverändert verabschieden zu können. Nicht für sinnvoll hält er, den von der F.D.P. -Fraktion unterbreiteten Appell mit in die Resolution aufzunehmen. Dies solle einer gesonderten Erklärung vorbehalten bleiben.

Herr Thannisch weist auf die Zielrichtung der Resolution gegen den deutschen Rechtsextremismus hin. Eine Verknüpfung mit der Problematik der Ausländerfeindlichkeit könne gegebenenfalls mißverstanden werden. Im übrigen sei die Intention des Ergänzungsantrages der F.D.P.-Fraktion zu begrüßen.

Herr Blask bedauert, daß nicht bereits im Vorfeld ein konsensfähiger Resolutionsentwurf unter den Fraktionen abgestimmt wurde. Gegen einen Appell an die Bürgerschaft habe er im Rahmen des SPD- Resolutionsentwurfes nichts einzuwenden. Nach Verabschiedung gehe es nicht in erster Linie um eine Veröffentlichung, sondern darum, daß Taten folgten.

Herr Ziffus hält es für notwendig, in der Resolution möglichst konkret zu werden. Eine Zitierung des Grundgesetzes reiche nicht aus. Er plädiert für die lange Form des SPD- Entwurfes ohne Ergänzung des F.D.P.- Antrages. Letzterer sei begrüßenswert, solle jedoch an einer anderen Stelle plaziert werden.

Auch für Herrn Freese ist es notwendig, die Resolution möglichst konkret abzufassen. Die Formulierungen in der Stellungnahme der Bürgermeisterin seien nicht weitgehend genug.

Gewalt gegen jüdische Friedhöfe, gegen Asylbewerber und ausländische Mitbürger werde ausschließlich von Rechtsradikalen verübt. Gegen diese hätten sich die Aussagen einer Resolution zu richten.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß sie lediglich eine Stellungnahme zum Resolutionsentwurf der SPD-Fraktion abgegeben habe. Es habe ihr ferngelegen, einen eigenen zu formulieren. Sie bittet die CDU-Fraktion, ihren Standpunkt zu überdenken. Es sei notwendig, zu einem einvernehmlichen Text zu gelangen.

Herr Kleine schlägt vor, das Ganze zu überdenken und noch einmal in Ruhe zu beraten

Herr Dr. Kassner regt an, die Sitzung kurz zu unterbrechen und unter den Fraktionen einen Resolutionsentwurf abzustimmen

Sodann unterbricht die Bürgermeisterin Opladen die Sitzung für 10 Minuten.

Danach verliest Herr Dr. Kassner einen modifizierten, unter den Fraktionen abgestimmten Resolutionsentwurf.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:** 

Die Resolution gegen Rechtsextremismus wird in der modifizierten Form verabschiedet.

Der Text der Resolution ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.



## 32. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 16.10.2000 zur Nutzbarmachung des Internets für das Bürgerbüro

@-> Herr Blask regt an, den Link auf der Homepage der Stadt unter welchem zukünftig ein Stellen von Anträgen vorgesehen sein soll, zügig zu entwickeln. Es sei absehbar, daß eine Änderung des Signaturgesetzes die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffe. In jedem Fall könnten die Arbeiten zur Entwicklung des Links parallel bereits beginnen. Insoweit sei ihm die Stellungnahme der Bürgermeisterin zu vage abgefaßt. Es gebe im übrigen im Stadtgebiet genügend Personen, die die notwendigen Arbeiten an der Software leisten könnten.

Bürgermeisterin Opladen stimmt der Argumentation von Herrn Blask zu. Sie regt an, daß dieser ein Gespräch direkt mit dem zuständigen Fachbereich führt, um Details abzuklären.

Es besteht Einvernehmen, daß so verfahren wird und der Antrag damit zunächst erledigt ist.

<-(a)

# 33. <u>Anfragen der Ratsmitglieder; 1. Schriftliche Anfrage zur Benutzung der Pavillons des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums</u>

 @-> 1. Schriftliche Anfrage zur Benutzung der Pavillons des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums

-----

Herr Neuheuser ist mit der Stellungnahme der Bürgermeisterin nicht zufrieden. Seiner Fraktion lägen Informationen aus der Elternschaft des NCG vor, wonach die Räume doch noch zu Unterrichtszwecke genutzt würden. Fotos belegten den schlechten Zustand. Er bittet darum, daß durch den Fachbereich 6 der Angelegenheit nachgegangen wird.

Fachbereichsleiterin Müller-Veit erläutert, daß die Verwaltung die Anfrage auf den sogenannten "roten Pavillon" bezogen habe. Dieser sei in der Tat inzwischen für den Unterricht gesperrt. Schimmelbefall gebe es jedoch auch im sogenannten "blauen Pavillon". Dies sei der Verwaltung zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage noch nicht bekannt gewesen. Die Schule habe versichert, daß auch hier der betroffene Raum geschlossen werde. Die Einhaltung dieser Zusage werde durch die Verwaltung überprüft.

Bei den Pavillons handele es sich insgesamt um abgängige Bauten, die durch den beschlossenen Neubau ersetzt würden.

2. Schriftliche Anfrage zum Verhalten des Standesamtes im konkreten Fall der Beurkundung einer Geburt

-----

Bürgermeisterin Opladen weist auf eine schriftliche Anfrage von Frau Hammelrath zur oben genannten Problematik hin. Diese werde durch die Verwaltung ebenfalls

schriftlich beantwortet.

3. Anfrage zur Abschiebung des Asylbewerbers Mehmet Kilic

Herr Thannisch stellt zur Abschiebung von Herrn Mehmet Kilic am 24.10.2000 folgende Fragen und bittet um schriftliche Beantwortung:

- a. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte die Abschiebung? Inwieweit wäre die Bürgermeisterin berechtigt gewesen, eine befristete Duldung aus humanitären Gründen auszusprechen? Falls dies zutreffe, warum habe die Bürgermeisterin von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht?
  - Der der Bürgermeisterin in einem Abschiebungsverfahren grundsätzlich zustehende Ermessensspielraum, insbesondere im Hinblick auf eine Duldung aus humanitären Gründen, solle hierbei ausführlich dargestellt werden.
- b. Hinsichtlich des Gesundheitszustandes von Herrn Kilic hätten der Bürgermeisterin zwei sich widersprechende Gutachten vorgelegen. Warum habe die Bürgermeisterin darauf verzichtet ein drittes, klarstellendes Gutachten in Auftrag zu geben?
- c. Nach Angabe des Remscheider Pfarrers Ungeraten sei Herr Kilic noch am Tage seiner Ankunft in Istanbul von Zivilpolizei verhaftet worden. Der Zugriff sei erst erfolgt, nachdem der Konsularbeamte seine Beobachtung eingestellt und sich anderen Dingen zugewandt hätte. Der Asylbewerber sei mit verbundenen Augen in ein Gefängnis gebracht und dort 6 Tage festgehalten worden. Bei eingehenden Verhören sei er zudem körperlich (Schläge) mißhandelt worden. Welche Kenntnisse habe die Bürgermeisterin hinsichtlich dieser Vorgänge und welche Schritte gedenke sie zu unternehmen?
- 4. Ergänzende Anfrage zur Abschiebung des Asylbewerbers Mehmet Kilic

Frau Ryborsch bittet unter Bezugnahme auf die Anfrage von Herrn Thannisch darum, daß die Antwort des Fachbereiches auch der Fraktion BÜNDNID 90/DIE GRÜNEN zugeleitet wird. Darüber hinaus bitte sie, sich nähere Informationen über das Schicksal von Herrn Mehmet Kilic beim Fraktionssprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag, Herrn Reiner Priggen, einzuholen. Die Informationen über das, was Herrn Kilic nach dessen Ankunft in Istanbul widerfahren sei, hätten in Bergisch Gladbach schon recht früh vorgelegen. Sie habe bereits im Hauptausschuß am 24.10.2000 angefragt, wie sichergestellt werde, daß dem Asylbewerber in der Türkei kein Leid geschehe. Entsprechend dem Gesetz müsse das abschiebende Land sicherstellen, daß dem Abgeschobenen nichts mehr passieren könne.

5. Bericht über einen Termin der Lärmschutzkommission bei Umweltministerin Höhn in Düsseldorf

-----

Frau Ryborsch informiert über die Ergebnisse einer Sitzung der Lärmschutzkommission bei Umweltministerin Höhn in Düsseldorf. Die Ministerin habe sich die Argumente der Lärmschutzkommission angehört und konkrete Vorschläge unterbreitet. Nicht bekannt gewesen sei der Ministerin bislang die Tatsache, daß in Bergisch Gladbach das Vinzenz Pallotti Hospital und in Siegburg ein weiteres Hospital überflogen werden. Diesbezüglich sei ein gutes Diskussionsergebnis erzielt wurden, weshalb sie hoffe, daß hier etwas bewegt werden könne. Gesundheitsministerin sei allerdings Birgit Fischer, so daß es Aufgabe der SPD- Fraktion sein müsse, bei dieser in der Angelegenheit vorstellig zu werden.

6. Anfrage zur Zukünftigen Nutzung des früheren Betriebsgeländes der Containerfirma Braunisch in der Grube Weiß

Herr Dehler weist darauf hin, daß die Anwohner der Grube Weiß in der Vergangenheit durch den LKW-Verkehr der Firma Braunisch beeinträchtigt wurden. Er möchte wissen, wie das ehemalige Betriebsgelände der Firma zukünftig genutzt werden soll und ob es möglich ist, dort solches Gewerbe anzusiedeln, das weniger verkehrliche Immissionen auslöst.

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet, soweit sie nicht bereits beantwortet sind.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

<-(a)